

Alex Demirović

Kehrt der Staat zurück? Wirtschaftskrise und Demokratie

1. Die Widersprüchlichkeit der Diagnosen

Seit etwa zwei Jahren befindet sich die Wirtschaft der weltweit führenden Staaten in einer Krise. Doch aus wessen Sicht ist die Krise eine Krise? Wer definiert, dass es sich um eine Krise handelt? Wer ist von ihr betroffen? Die gegenwärtige Krise zeigt, dass die Krise kein „objektives“ Ereignis ist.

Es gibt keinen wirklichen Konsens darüber, dass eine Krise existiert. Die herrschende Politik würde sie am liebsten leugnen und sie als eine Rezession betrachten. Es gäbe, so das Bundeswirtschaftsministerium auf seiner Website, keinen Grund, sie mit der Krise von 1929 zu vergleichen. „Die Weltwirtschaftskrise von 1929 ist nicht vergleichbar mit der aktuellen Rezession. Der grundlegende Unterschied besteht darin, dass die heutige Wirtschafts- und Finanzpolitik weltweit rasch und entschlossen reagiert hat.“¹ Die Behauptung ist etwas paradox, da sie zugesteht, was sie bestreitet: nur aufgrund zahlreicher Maßnahmen ist die Krise keine Krise. Auch die Rezession scheint aus Sicht der offiziellen Politik vorbei. Tatsächlich legen eine Reihe von Wirtschaftsforschungsinstituten, die Bundesregierung und ein Teil der Wirtschaftspresse auf Grund von Prognosen nahe, dass die Rezession im wesentlichen überwunden und für das Jahr 2010 ein leichtes Wachstum zu erwarten sei. Berichtend, dass die 23 wichtigsten Bank-Institute der Wall Street angesichts ihrer Gewinne ihren Mitarbeitern 2009 mindestens so hohe Boni wie 2008 und mit 140 Mrd. Dollar Bezüge gewähren, die um ein Fünftel höher sind als die des vorangegangenen Jahres, schreibt die FAZ vom 15.10.2009 ironisch-verwundert: „Finanzkrise war gestern.“ Zwar werden weltwirtschaftliche Ungleichgewichte eingeräumt. Doch sie seien zum Anlass von Korrekturen geworden, nach kurzzeitigen staatlichen Hilfsmaßnahmen und Verstaatlichungen werde man in den angelsächsischen Ländern alsbald zur Liberalisierung zurückfinden. „Das ist es ja, was seine Gegner nicht wahrhaben wollen: Dass der Kapitalismus wie jedes lebende System sich wandeln, anpassen, verändern kann – und das, weil er nicht zentral gesteuert ist, sondern alle Marktteilnehmer ständig suchen, finden, sich selbst zerstören und neu erfinden.“ (Tichy 2009: 6) Aber es stellt

1 <http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Wirtschaft/konjunktur.html>

sich zu Recht die Frage, die ein anderer Liberaler, Alexander Rüstow, zum Höhepunkt der Großen Depression aufgeworfen hat: „Wie groß sind die Opfer und Schäden, die sich in der Zwischenzeit auf die Betroffenen häufen? Denn diese Zwischenzeit ist ja die Zeit, in der wir leben.“ (Rüstow 1932: 222). Aus dem Blickwinkel einiger gibt es keine Krise; sofern es doch eine gibt, ist sie gut, weil sie der Innovation und der Selbstveränderung des Kapitalismus dient. In diesem Transformationsprozess wird auch die Krise ein nützliches Herrschaftsinstrument. „Die Probleme werden erst noch größer, bevor es wieder besser gehen kann. Die volle Auswirkung der Krise wird uns im nächsten Jahr erreichen.“ (Süddeutsche Zeitung 11.11.2009) Die Krise dient der neuen, konservativ-liberalen Regierung zur Durchsetzung weiterer neoliberaler Maßnahmen, damit Deutschland gestärkt aus der Wirtschafts- und Finanzkrise herauskomme: Senkung der Einkommenssteuer, der Erbschaftssteuer, der Unternehmenssteuer, der Umsatzsteuer, eine private Pflegezusatzversicherung, Anhebung der Krankenversicherungsbeiträge, Einführung der Kopfpauschale, Rentenminderung, Abschaffung von Nachtarbeits- und Wochenendzuschlägen, Lockerung des Mieterschutzes.

In kritischen Analysen wird die Krise mit der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre verglichen. Sie wird als einer der großen Einschnitte in der Dynamik der Reproduktion der kapitalistischen Gesellschaftsformation interpretiert: Große Depression 1873-96, Weltwirtschaftskrise 1929, Krise des Fordismus 1974/75. Es ist die Rede davon, dass der Neoliberalismus und die vom Finanzmarkt dominierte Phase der Globalisierung zu Ende seien (Zeise 2009). „Nachdem diese Spekulationsblase geplatzt ist, gehört auch der Postfordismus der Vergangenheit an.“ (Hirsch 2008) Es könne, so Mario Candeias, von einer strukturellen Krise ausgegangen werden. Der Neoliberalismus als organisierende und progressiv-vorantreibende Ideologie im „Management des Übergangs zur transnationalen informationstechnologischen Produktionsweise“ sei erschöpft und könne weder einen neuen Akkumulationsschub noch einen neuen gesellschaftlichen Konsens in Gang setzen (Candeias 2009a: 33; 2009b: 12; vgl. Institut für Gesellschaftsanalyse 2009).

Das Argument, dass die Phase der neoliberalen Hegemonie und eines von dieser Ideologie bestimmten finanzgetriebenen Akkumulationsmodells vorbei sei, wird auch am neuen Staatsinterventionismus abgelesen. Danach ist die neoliberale Politik an einem Rückzug des Staates, an einer Beschränkung seines Leistungsangebots und der staatlichen Aufgaben ausgerichtet. Öffentliche Güter sollen effizienter von Marktteilnehmern zur Verfügung gestellt werden und werden deswegen privatisiert, Steuern werden gesenkt, um Anreize für Investitionen, die Schaffung neuer Arbeitsplätze und Nachfrage zu geben, sog. bürokratische Hemmnisse werden abgebaut. Der Staat soll nicht als Nachfrager auftreten, der öffentliche Aufgaben durch die Belastung der Bürger und vor allem der zukünftigen Generationen finanziert, sondern er soll Bedingungen

schaffen, unter denen die Bürger selbst aktiv sein können. In der Krise scheint es trotz aller neoliberalen Bekenntnisse zu den Kräften des Marktes von der Seite der deutschen und anderer Regierung zu einer ordnungspolitischen Umorientierung gekommen zu sein. David Harvey (2009b: 107) spricht in diesem Zusammenhang von einem keynesianischen Momentum, das auch für die Linke eine gewisse Chance der Einwirkung mit sich bringe.

Noch im Frühsommer 2008 legten deutsche Politiker nahe, die Krise würde Deutschland gar nicht weiter betreffen. Es seien die US-Konsumenten, die unverantwortlich gehandelt und sich über die Maßen verschuldet hätten. Die ordnungspolitischen Fehler müssten die USA allein korrigieren. Doch als ersichtlich wurde, dass für relevant erachtete Banken auch in Deutschland in die Gefahr gerieten zusammenzubrechen, die Realwirtschaft mit einer Kreditklemme konfrontiert sein würde und rezessive Tendenzen sich verstärkten, wurden eine Reihe von politischen Maßnahmen ergriffen. Es kam seit 2007 zu Stützungsmaßnahmen für einzelne Landesbanken, die sich – wie die SachsenLB oder die BayernLB – am US-Immobilienmarkt verspekuliert hatten. Die IKB in Düsseldorf erhielt einen staatlichen Garantierahmen von 12 Mrd. Euro, die Hypo Real Estate in München wurde durch den Bund übernommen, der die Bank zuvor schon mit 100 Mrd. Euro gestützt hat, der Bund gewährte der Commerzbank Hilfsmaßnahmen in Höhe von 18 Mrd. Euro, er wurde im weiteren Anteilseigner und sicherte sich mit 25 Prozent und einer Aktie eine Sperrminorität, um ihre Übernahme durch ausländische Banken zu verhindern und auf die Geschäftspolitik Einfluss nehmen zu können. Diese Einzelmaßnahmen waren eingebettet in breitere gesetzliche und institutionelle Entscheidungen sowie makroökonomische staatliche Interventionen.

Solche staatlichen Interventionen erscheinen als ordnungspolitischer Sündenfall und wurden von (neo)liberaler Seite entsprechend kritisiert. Es wurde nahegelegt, dass der Logik des Marktes zufolge Unternehmen, die schlecht oder riskant gewirtschaftet hätten, nicht vom Staat gerettet werden dürften, weil dies zu Verzerrungen des Wettbewerbs führen würde und falsche Anreizstrukturen auch in Zukunft zu einem riskanten Verhalten von Finanzmarktakteuren führen könnten. Doch es ist auch davon die Rede, dass, nachdem die Selbstheilungskräfte des Marktes versagt hätten, der Staat nun zurückkehre oder wieder als salonfähig gelten könne. Auch wenn sich die Krisenbearbeitung zunächst noch im Rahmen klassisch-neoliberaler Ansätze bewegt habe und ein neoliberales Weiter so ermöglichen sollte, würden die im Verlauf der Krise ergriffenen Maßnahmen über einen liberalen Interventionismus hinausweisen. Zahlreiche neoliberale Glaubenssätze seien über Bord geworfen worden: die Geldmenge sei aufgebläht worden, der Staat habe Banken verstaatlicht, Staats- und Zentralbankkredite ohne Sicherheiten vergeben, antizyklische Konjunkturprogramme aufgelegt, die staatliche Verschuldungsgrenze überschritten oder in Managergehalts- und Bonusregeln ergriffen (vgl. Candeias 2009a; 2009b: 14). Dieser politische Strategiewechsel lässt

sich auch in Staaten wie den USA oder Großbritannien beobachten. Die Verschiebung von der Staatsphobie zur „Staatseuphorie“ (Brand 2009), zu einem „neuen Staatsinterventionismus“ (Candeias 2008), von einem finanz- zu einem staatsgetriebenen Kapitalismus (Altvater 2009), wird als Hinweis auf eine Krise des neoliberalen Modus der kapitalistischen Produktionsweise oder gar als eine Struktur- und Systemkrise verstanden.

Das ist nicht ausgeschlossen, denn die Frage, wie die Krise sich fortentwickelt, lässt sich nicht wirklich beantworten. Es handelt sich um ein methodisches Problem jeder ökonomischen Dynamik unter kapitalistischen Bedingungen. Wie die Krise verläuft, hängt in vielen Hinsichten von den Akteuren und den Konflikten während der Krise ab. Ob Papiere toxisch sind, erweist sich erst im Nachhinein, ob die Werte von Aktien nur Buchwerte sind bzw. zu solchen in der Dynamik des Anlegerverhaltens werden oder doch realisiert werden können, ist Ergebnis von Markt- und sozialen Vorgängen, in denen Eigentümer sich bemühen, die spekulativ erworbenen Eigentumstitel am Markt durchzusetzen – eventuell auch mit staatlicher Hilfe und indem die negativen Folgen auf andere abgewälzt werden.

Es stehen also mehrere Probleme zur Diskussion: Handelt es sich überhaupt um eine Krise? Wenn es eine Krise ist, ist es dann eine Krise nur des Finanzmarktes? Bedeutet die Krise, daß die Phase des Neoliberalismus vorbei ist und eine neue Phase der kapitalistischen Akkumulation beginnt? Kehrt der Staat zurück?

2. Gibt es eine Krise?

Die Antwort auf die Frage danach, ob es sich um eine Krise handelt, hängt von den Maßstäben ab. Wenn von offizieller Seite davon gesprochen wird, dass es sich nur um eine Rezession handle, dann wird der Krisenprozess selbst aus politischen Gründen heruntergespielt. Das BIP schrumpfte um fünf Prozent. Das war der tiefste Einbruch der Wirtschaftsleistung in Deutschland seit Ende des Zweiten Weltkriegs. Auch der Verlauf der Börsenentwicklung weist auf eine Krise hin – der Dow Jones fiel von 14.164 Punkten am 9.10.2007, seinem historischen Hoch, auf 6594 am 5.3.2009. Banken standen vor dem Ruin, der nur durch staatliche Rettungsmaßnahmen, Verstaatlichung oder durch staatlich unterstützte Übernahme durch andere Banken verhindert werden konnte. Das Interbankengeschäft stand kurz vor dem Zusammenbruch und musste durch den Staat als Kreditgeber und Bürge der letzten Instanz gesichert werden. Die Industrieproduktion brach ebenso ein wie der Export. Mit Unterstützungsmaßnahmen für Kurzarbeit von zwischenzeitlich 1,5 Mio. Beschäftigten wurde in Deutschland eine stärkere Zunahme der Arbeitslosigkeit verhindert. Diese Maßnahmen waren wie die Abwrackprämie als Überbrückungsmaßnahmen gedacht; dauert die Krise länger, wird sich auch in Deutschland die Zahl der Arbeitslosen vermehren. Die Tatsache, daß zahlreiche Maßnahmen ergriffen wurden, um die Krise in den Griff zu bekommen

und die Krise von vielen nicht oder kaum erfahren wird, spricht nicht dagegen, die Situation als eine Krise zu bezeichnen. Im Gegenteil. Da die Akteure aufgrund einer Wahrnehmung der Krise als Krise von Hysterie und Panik ergriffen werden und die Krise damit verschärfen, ist es eine politische Aufgabe, „Vertrauen“ herzustellen und die Krise zu derealisieren. Dies vermag die Öffentlichkeit für eine Weile zu beruhigen und einen normalen Gang der Geschäfte wieder herzustellen.

Ökonomische Krisen verlaufen nicht linear, es kann zwischendurch zu Erholungen kommen. Es gibt Anhaltspunkte dafür, dass es eher zu einer weiteren Verschärfung kommen wird und die Finanzmarktkrise ein weiterer Höhepunkt in einer länger anhaltenden Krisendynamik ist, die sich aus den ungelösten Problemen der seit den 1980er Jahren bestehenden Dynamik der Überakkumulation von Kapital ergibt: Kapital, das sich nicht verwertet, muss ganz oder teilweise vernichtet werden. Die gegenwärtige Krise wäre demnach auch ein Hinweis auf eine Krise des Krisenmanagements der vorangegangenen Krise der New Economy.

Die vergleichsweise schnelle Erholung der Realwirtschaft, für die im Jahr 2010 ein leichtes Wachstum von etwas mehr als einem Prozent prognostiziert wird und die geringe Zunahme der Arbeitslosigkeit legen nahe, dass, wenn es überhaupt eine Krise gab, diese aufgrund politischer Maßnahmen bereits überwunden sei. Aber die Erholung findet auf einem niedrigen Niveau statt. Der deutsche Export profitierte von den weltweiten Konjunkturprogrammen, doch deren Wirkung lässt nach. Hinzu kommt, dass die Maßnahmen für die Kurzarbeit auslaufen. Mit der geringeren Nachfrage im In- und Ausland wird auch die Zahl der Arbeitslosen zunehmen, die Steuereinnahmen werden sinken, die staatlichen Belastungen zunehmen. Dieser Kreislauf wird in den USA bereits beobachtet. Zu bedenken ist weiterhin, dass die Finanzkrise erhebliche Kosten verursacht hat. Für die USA wird geschätzt, dass Staatshilfen und staatliche Garantien sich am Ende auf ca. 23 Billionen US-Dollar summieren (Baseler Zeitung, 22.7.2009). Selbst wenn es zu einem Aufschwung kommt, wird geschätzt, dass sich die Wirtschaft erst 2012 bis 2014 wieder auf dem Niveau wie vor der Krise bewegt. Dabei bleibt mindestens zweierlei außer Betracht: zum einen erreichte auch der Zwischenaufschwung vor der Finanzmarktkrise nicht die Werte vor der Krise der New Economy, vielmehr lässt sich für die Zeit seit den 1980er Jahren ein zyklischer Rückgang der Wachstumsrate feststellen: in den USA lag sie im Durchschnitt der Jahre 1983-89 bei 4,33 Prozent und im Zeitraum 2002-07 bei 2,57 Prozent (vgl. Evans 2008: 517; Candeias 2009a). Zudem können sich im Zeitverlauf in den kommenden Jahren weitere Krisenfaktoren entfalten. So kann die deutsche Wirtschaft nicht in der gleichen Weise damit rechnen, das hohe Exportniveau aufrecht zu erhalten, das dem Konsum der US-Konsumenten geschuldet war. Eine Binnennachfrage kann dies kaum ersetzen, da hier der Bedarf der Privathaushalte weitgehend gedeckt ist

und mittels der Abwrackprämie gerade ein erheblicher Teil der Automobillflotte erneuert wurde.

Von der Bundesregierung wurden Kredite und Bürgschaften gewährt, um zu verhindern, dass sich die Banken untereinander nicht mehr trauen oder den Unternehmen der Realwirtschaft keine Kredite mehr gewähren. Vom Bundeswirtschaftsministerium wird ein gewisser Erfolg dieser Maßnahmen gemeldet.² Doch der Deutsche Industrie- und Handelstag warnt vor einer Verschlechterung der Kreditsituation für etwa ein Viertel der Unternehmen in Deutschland. Umsätze brächen ein, laufende Geschäfte müssten mit Krediten überbrückt werden, doch angesichts der schwierigen Geschäftslage verlangen die Banken höhere Zinsen. Die fehlende Liquidität und hohe Zinsbelastungen könnten den leichten Aufschwung konterkarieren (Süddeutsche Zeitung, 28.10.2009). Die Zahl der Insolvenzen nimmt zu: im August 2009 gab es 12 Prozent mehr Unternehmensinsolvenzen als im Vergleichsmonat 2008, die Summe der Insolvenzverluste verdoppelte sich von 2,2 Mrd. auf 4,3 Mrd. Euro (taz 7./8.11.2009).

Die großen Banken in den USA oder in Deutschland haben im Jahr 2009 in ihren Vierteljahresberichten schon mehrfach erhebliche Gewinne ausgewiesen. Allerdings gibt es auch im bürgerlichen Lager skeptische Stimmen, die darauf hinweisen, dass diese Gewinne Resultat einer besonderen Konstellation sind. So befürchtet Josef Ackermann, dass das Schlimmste an Insolvenzen, Kreditausfällen und Arbeitslosigkeit noch bevorstehe.³ Die Krise hat zu einer Bereinigung des Marktes und zu Kapitalkonzentration, und damit zur Abnahme der Konkurrenz beim Investment-Banking geführt (Harvey 2009a). Die Hilfsmaßnahmen von Regierungen und Zentralbanken geben den Banken die Möglichkeit, sich mit Geld zu extrem niedrigen Zinsen zu versorgen; die schwierige Lage der Unternehmen können sie gleichzeitig nutzen, auf der Grundlage einer hohen Risikobewertung hohe Zinsen zu verlangen. Sie sind in Spekulationsgeschäften mit Anleihen, Rohstoffen und Währungen aktiv. Die Banken handeln gegen Gebühren auch mit den staatlichen Anleihen, die die Staaten ausgeben, um die Hilfsmaßnahmen für Banken und Unternehmen zu finanzieren, sowie mit Anleihen von Unternehmen, mit denen diese sich refinanzieren, weil sie Schwierigkeiten haben, von den Banken Kredite zu erhalten. Darüber hinaus ergeben sich die hohen Gewinne der Banken aufgrund einer Änderung der Bilanzregeln, der Wertsteigerung von Aktien, die die Banken bereits abgeschlossen hatten, oder der Auslagerung von toxischen Krediten. Die positive Börsenentwicklung entspricht nicht, so wird gewarnt, den realen Entwicklungen der Unternehmen und der Wirtschaft. Gerade das Geld, das der Staat der Wirt-

2 <http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Wirtschaft/Konjunktur/Konjunkturpaket-2/wirtschaftsfonds-deutschland,did=314662.html>.

3 http://www.geld.com/aktien/bnews_1914267.html, 13.10.2009

schaft zu niedrigen Zinsen zur Verfügung stellt, gibt der Spekulation neuen Auftrieb. Entsprechend zeichnet sich die Gefahr ab, dass es zu einer weiteren Spekulationsblase und einer darauf folgenden Krise kommen wird. Diese Krise kann noch umfassender sein, weil sie auch direkt den Staat einbezieht, der sich in der gegenwärtigen Krise als Kreditgeber in letzter Instanz derart verpflichtet hat, dass er kaum noch Spielräume hat. In einer weiteren Krise würden Kredite abgeschrieben und Sicherheiten eingelöst werden müssen. Die Wahrscheinlichkeit von staatlichen Inflationsmaßnahmen, wie sie US-Präsident Obama andeutete, oder Staatsbankrotten als eine Form der Kapitalvernichtung, die im Herbst 2008 im Raum stand (Island, Großbritannien, Griechenland) und durch transnationale konzertierte Aktionen abgewehrt werden konnten, wächst.

3. Die Finanzkrise und der Neoliberalismus

Über die Finanzkrise und ihre Ursachen wurde in den Medien viel berichtet. Dabei wurde insbesondere der Zusammenhang mit den Immobilienkrediten, der Verbriefung der Kredite und dem Verkauf der strukturierten Produkte auf dem Weltfinanzmarkt aufgezeigt. Die unmittelbare Ursache wird fürs Ganze genommen. Demnach erscheint die Krise als das Ergebnis der risikofreudigen Geschäftspolitik der Banken, zu geringer Regulierung und Überwachung oder falscher Leistungsanreize für die bei den Banken Beschäftigten, die mit hohen Gehältern und Boni für gewinnbringende, aber auch hochriskante Transaktionen viel zu hoch belohnt wurden. Als Reaktion auf die Krise werden im Rahmen der neu konstituierten G20-Treffen, in den USA und in der EU zahlreiche weitere Maßnahmen zur Kontrolle der Finanzmarktakteure diskutiert. Das Eigenkapital der Banken soll erhöht und nach Risiken gewichtet werden; sie sollen nicht das Recht haben, riskante Kredite vollständig zu verbrieften, sie sollen mit einem gewissen, relativ kleinen Anteil selbst das Risiko tragen; vor allem sollen die Boni für Manager und Banker an den realen und mittelfristigen Geschäftserfolg gebunden werden. Einige der Instrumente wurden im Koalitionsvertrag der neuen deutschen Regierung verbindlich fixiert: Banken sollen unter Wettbewerbsgesichtspunkten nach Maßgabe der Deutschen Bundesbank restrukturiert, sprich: aufgelöst werden können; es soll Verfahren geben, die Bankeninsolvenzen regeln; schließlich soll eine europäische Rating-Agentur aufgebaut werden, da den großen US-amerikanischen Rating-Agenturen eine Mitschuld an der Finanzkrise gegeben wird und diese auch europäische Besonderheiten nicht berücksichtigten. Auch davon, Over-the-counter Geschäfte mit Derivaten oder Rohstoffen zu kontrollieren, spekulative Transaktionen zu versteuern oder Banken zu zwingen, sich an den Kosten der von ihnen beteiligten Krise zu beteiligen, war immer wieder einmal die Rede. Die Sicht der Politik ist neoliberal motiviert und wird von Angela Merkel so formuliert: „Wir wollen verhindern, dass Staaten in Zukunft von systemrelevanten Institutionen zu Rettungsmaßnahmen gezwungen werden können.“ (Süddeutsche Zei-

tung, 26.10.2009). Der Staat soll die spekulativ erworbenen Eigentumstitel der neuen Kapitalfraktion der „Vermögensbesitzer“ schützen, dazu muss er jedoch Hüter des Wettbewerbs bleiben, der im Zweifelsfall die Logik des Marktes, nämlich die Vernichtung von Kapital, gegen einzelne Finanzmarktakteure durchsetzt. Welche Regelungen sie in der Konkurrenz für notwendig erachten oder zu dulden bereit sind, erweist sich deswegen als Gegenstand von machtvollen Aushandlungsprozessen zwischen den Finanzmarktakteuren und transnationalen staatlichen Gremien. Dort, wo die Regierungen versucht haben, aufgrund von gewährten Bürgschaften und Krediten die Banken entsprechend zu binden, sind die Banken bemüht, sich von Verpflichtungen gegenüber den Regierungen durch schnelle Rückzahlungen zu befreien.

Die Krise erscheint vor diesem Hintergrund als das Ergebnis von übertrieben riskanter Spekulation aufgrund von falschen Anreizstrukturen – in besonderer Weise symbolisiert im gierigen und verantwortungslosen Banker. Geld ist ein Moment im Kapitalkreislauf. Es hat darin mehrere Funktionen: als Zahlungsmittel, als Rücklage geleisteter Arbeit in Geldform, als Kredit, also als Vorgriff auf zukünftig zu erbringende Arbeitsleistung. In diesen Funktionen kann das Geld sich gegenüber der Realwirtschaft für eine gewisse Zeit verselbständigen – und vollständig der Illusion verfallen, dass Geld „arbeitet“, dass Geld mehr Geld erzeugt. Denn Banken können jede dieser Funktionen dazu nutzen, sich einen größeren Anteil am Mehrwert anzueignen, indem sie mit Zahlungsmitteln spekulieren, Einlagen gewinnbringend einsetzen. Dies wird erleichtert, wenn die Refinanzierung der Banken günstig ist – wie das in den USA seit 2001 in besonderer Weise der Fall war.

Aber mit der finanzdominierten Akkumulation, wie sie sich seit den 1990er Jahren durchsetzte, waren weiter gehende Prozesse verbunden, die über eine kurzzeitige Verselbständigung der Geld- und Kreditfunktion hinausgehen. In vielen Analysen der Finanzkrise wird der Zusammenhang mit der Entwicklung und Restrukturierung der Realwirtschaft der vergangenen Jahre außer Betracht gelassen, also die Ausrichtung auf Wettbewerbsfähigkeit, Standortpolitik und Shareholder-Value – so als hätte die mit diesen Ausdrücken verbundene neoliberale Strategie gar nichts mit der Krise zu tun. Zwar wird auf bestimmte Gesichtspunkte hingewiesen, primär auf den Rückgang der Nachfrage, der vor allem durch die enorme Umverteilung der Einkommen von unten nach oben erklärt wird. Entsprechend wird empfohlen, durch gezielte politische Maßnahmen die Nachfrage anzuregen (vgl. Stiglitz 2009). Allerdings bleibt bei solchen Analysen außer Betracht, dass mit dem finanzdominierten Akkumulationsregime eine Umlenkung der Einkommen verbunden war. Sie werden verwendet für den Erwerb von Immobilien, von Aktien, für Rücklagen, Altersvorsorge, Gesundheit oder für die Ausbildung der Kinder. Darauf stützte sich die Annahme der Herausbildung eines finanzgetriebenen Akkumulationsmodells, das für eine längere Periode eine gewisse Form der regelmäßigen Akkumulation

ermöglichen würde (Aglietta 2000). Indem den Finanzmarktakteuren Liquidität zugeführt wird, wird jedoch die Dynamik der Überakkumulation verschärft.

Im Folgenden will ich argumentieren, dass es sich bei der Finanzkrise nicht allein um eine spekulative Ablösung der Geldfunktion aus dem Kapitalkreislauf handelt, die durch stärkere Regulierungsmaßnahmen zurück genommen werden könnte. Vielmehr handelt es sich um eine Veränderung der Gewichte innerhalb des Kapitalkreislaufs selbst, deren Grundlage eine Transformation der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse ist. Damit widerspreche ich auch der Vorstellung, Banken könnten wieder auf ihre „dienende“ Funktion zurückgestutzt werden und das Problem sei der Finanzkapitalismus, nicht das kapitalistische Produktionsverhältnis – so, als sei das etwas Verschiedenes.

Nicos Poulantzas (1975) zufolge war die fordistische Akkumulation durch eine spezifische Relation von ökonomischem Eigentum, juristischem Eigentum und Besitz charakterisiert: die Kapitaleigentümer traten die Aufgabe, die Produktionsmittel in Gang zu setzen, an Manager ab. Unter der Dominanz des ökonomischen Eigentums werden diese zu Besitzern der Produktionsmittel und organisieren den Prozess der Aneignung des lebendigen Arbeitsvermögens. Dies gibt ihnen eine gewisse Autonomie. Demgegenüber ändert sich, so Paul Windolf (2008), mit der finanzdominierten Akkumulation die Eigentumsrelation, die Trennung von Eigentum und Besitz, wie sie für den sog. organisierten oder Managerkapitalismus als charakteristisch galt, wird aufgehoben. Es entsteht eine neue Kapitalfraktion, die aus dem Führungspersonal der Investment-, Pensions- und Hedge-Fonds besteht und der auch Finanzökonomien, Finanzmarkt-Juristen, Rating-Experten, Broker, Wechselkursmanager und Analysten zuzurechnen sind. In den USA verfügen diese Fonds über zwei Drittel aller Aktien. Die zwanzig größten Fonds verfügen im Durchschnitt über vierzig Prozent des Aktienkapitals der 1.000 größten US-Aktiengesellschaften und können, so legt es Windolf nahe, ihre Strategien miteinander koordinieren. In Deutschland verfügen deutsche Fonds über 21 und ausländische Fonds über 54 Prozent des Aktienkapitals der dreißig DAX-Unternehmen. Von den damit verbundenen Eigentumsrechten macht diese neue Kapitalfraktion direkt Gebrauch und nimmt auf Struktur und Strategie der Unternehmen Einfluss. Dies geschieht jedoch nicht durch eine Übernahme von operativen Funktionen, sondern über eine Reihe von Mechanismen, die die Praxis der Manager lenken: Richtlinien über Corporate Governance, Vorgaben für die Geschäftsbereiche, Ausrichtung am Shareholder Value, Benchmarkingprozesse, durch die Unternehmen, Unternehmensteile, Manager oder Belegschaften an den Erträgen vergleichbarer Unternehmen gemessen werden. Durchsetzbar ist dies, weil die Fonds Aktien verkaufen oder ineffiziente Manager öffentlich bloßstellen, sodass die Unternehmen Kursverluste erfahren, die Ratings schlechter und die Konditionen der Refinanzierung ungünstiger werden. Die Fonds können also mit Exit-Option drohen, weil sie mittels Marktanalysen und der Transfor-

mation aller Vermögensbestände in Wertpapiere einen weltweiten Markt für Unternehmensanteile geschaffen haben, der es ihnen erlaubt, die Unternehmen mit ihren jeweiligen Geschäftsbereichen, Unternehmensteilen oder fixen Kapitalbestandteilen (Maschinen, Gebäude, Patente) selbst der Kapitalverwertung zu unterwerfen und mit hoher Beweglichkeit und Geschwindigkeit die jeweils lukrativsten Unternehmen zu kaufen (an der New Yorker Börse hielt ein Anleger seine Aktien 1960 im Durchschnitt 8,3 Jahre, 2005 weniger als ein Jahr (Windolf 2008: 527)). Auf diese Weise können die neuen Fondseigentümer das Management der Unternehmen zu immer höheren Erträgen und Risiken antreiben und gleichzeitig durch Diversifizierung das eigene Risiko verteilen. Da 15 bis 20 Prozent Rendite erwartet werden, dem ein BIP-Wachstum von 2-4 Prozent gegenüber steht, können solche Erträge letztlich nur durch die Vernichtung von konkurrierendem Kapital und die enorme Steigerung der Abpressung von Mehrarbeit erzielt werden. Die Fonds und spekulativ operierenden Unternehmen erzielen die hohen Gewinne durch den Einsatz von Leverage-Techniken, also die Ersetzung von Eigenkapital durch Kredit: Unternehmen werden auf Kredit gekauft, die Schulden den gekauften Unternehmen aufgebürdet – im Verhältnis zu dem vom Käufer eingesetzten Eigenkapital werden damit die Renditen immer höher. Auf diese Weise werden die Fonds für mögliche Anleger attraktiver. Allerdings wird von den Fonds das Risiko der Realökonomie nur unsichtbar gemacht, aber es bleibt für die Anleger erhalten. Die Finanzmarktakteure, also Fonds und Manager, können sich auf diese Weise die Gewinne aneignen, während die Risiken auf die Anleger verteilt werden. Die Grundlage der Macht der Finanzmarktinstitutionen ist die Überakkumulation, also die Masse des seine Verwertung suchenden Kapitals. Dies wird von „professionalisierten Vermögensverwaltern“ aufgesogen und in Eigentumsrechte an Unternehmen transformiert. „Der shareholder value beschreibt die Koalition zwischen zunehmend an ‚Rentabilität‘ orientierten Privatanlegern einerseits und unter hartem Konkurrenzdruck stehenden Vermögensanlegern andererseits.“ (Windolf 2008: 532) In diesem Prozess lässt sich auch nicht sorgfältig zwischen Banken und Unternehmen der Realwirtschaft unterscheiden. Denn Unternehmen der Realwirtschaft, die sich am Shareholder Value orientieren müssen, setzen die Unternehmensbestandteile in ein Verhältnis zu dem zu erwartenden Gewinn. Sie werden selbst zu Finanzmarktakteuren und erzielen u.U. höhere Gewinne (wenigstens zeitweise) aus Finanzmarkttransaktionen (Siemens, Porsche), Veräußerungen von Unternehmensbestandteilen oder Immobilien (Arcandor).

4. Die Rückkehr des Staates?

Als Reaktion auf die Insolvenz von Lehman Brothers am 15. September 2008 und die darauf folgenden Erschütterungen der Finanzmärkte wurde von der US-Regierung ein Hilfspaket zur Rettung der Banken von 700 Mrd. Dollar geschnürt. Das geschah auf der Grundlage eines wenige Seiten umfassenden

Maßnahmepapiers von Finanzminister Henry M. Paulson. David Harvey bezeichnet diesen Vorgang als einen gegen die Regierung und die Bevölkerung der USA gerichteten Finanzstaatsstreich (Harvey 2009a: 37). Die Finanzkrise ist Ergebnis einer langfristigen Dynamik im antagonistischen Verhältnis der sozialen Klassen. Die Verringerung des sozialen Wohnungsbaus, die Schwächung der Gewerkschaften und die Senkung der Löhne, die Förderung des privaten Hausbaus und die steuerliche Vergünstigung des Individualverkehrs waren in den USA Faktoren, die dazu beitrugen, dass Lohnabhängige sich zum Kauf eines Hauses veranlasst sahen. Das war nur durch Verschuldung möglich, die zu einem langfristigen Disziplinierungsmittel der Lohnabhängigen wurde. Den Lohnabhängigen wurde die Verschuldung durch anscheinend günstige Kredite als unproblematisch nahegelegt. Aufgrund der starken Nachfrage nach Immobilien stieg deren Wert. Die Eigentümer belasteten in der Erwartung von weiteren Wertsteigerungen ihre Immobilien mit zusätzlichen Krediten, um auf diese Weise ihren Konsum zu finanzieren. Die durchschnittliche Verschuldung der Privathaushalte in den USA hat sich seit 1980 von 40.000 Dollar auf 130.000 Dollar mehr als verdreifacht (Harvey 2009a; Evans 2008; Panitch u.a. 2009). Unmittelbar in der Krise zielten die Rettungsmaßnahmen der US-Regierung auf die Rettung der Banken, und nicht etwa darauf, den Familien ihre Unterkunft zu sichern (vgl. Marcuse 2008). Das allein gibt schon einen Hinweis darauf, dass die staatlichen Eingriffe keineswegs eine ordnungspolitische Wendung bedeuten. Sie dienen dazu, in der Krise bestimmte Kapitalgruppen zu stärken, deren Eigentum und Gewinne zu schützen, indem die Vernichtung von Kapital verhindert oder auf andere gesellschaftliche Gruppen abgewälzt wird (Unternehmen, Sparer, Steuerzahler, Lohnabhängige, von staatlichen Leistungen Abhängige).

Der Staat kehrt nicht zurück, er war nie weg. Es gehört zu den beharrlichen Missverständnissen neoliberalismuskritischer Analysen, anzunehmen, dass der Staat durch Deregulierung und Privatisierung immer weiter abgebaut wird und alle Verhältnisse von der Logik der „Verbetriebswirtschaftlichung“ durchdrungen werden. Entsprechend war und ist in der Krise die Vorstellung verbreitet, nun könnten dem Markt, dieser „Bestie“, wieder Fesseln angelegt werden, er könnte wieder zivilisiert und erneut eingebettet werden in den Rahmen eines in politischen Prozessen herbeigeführten und staatlich überwachten Allgemeinwohls. Ein Blick in die klassischen Texte des Neoliberalismus – dem in Deutschland das Plädoyer für die Soziale Marktwirtschaft entsprach – zeigt, dass die Liberalen keineswegs homogene Positionen verfolgen, sie sind aber auch keineswegs per se anti-staatlich eingestellt. Immer wieder betonen die neoliberalen Autoren, dass sie nicht gegen staatliche Interventionen sind. Sie halten das staatliche Monopol auf Zwangsausübung für notwendig, „so daß der einzelne mit einem gewissen Vertrauen planen kann“. Der Staat habe für verlässliche Tatsachenkenntnisse wie Statistiken und Vermessungen, die Schul-

erziehung, ein beständiges Geldsystem, die Normierung von Gewichten und Maßen oder für alle die Infrastrukturen zu sorgen, die von wettbewerblichen Unternehmen nicht zur Verfügung gestellt würden. Über diese Maßnahmen hinaus hätten die liberalen staatlichen Maßnahmen dafür zu sorgen, dass der Markt „einigermaßen gut arbeiten wird“ (Hayek 1960: 189). Der Staat soll sich nicht gegen die wirtschaftliche Dynamik stellen und Unternehmen oder Arbeitskräfte mit staatlichen Hilfen oder protektionistischen Maßnahmen schützen und Strukturveränderungen aufhalten, sondern den neuen Zustand, auf den die Entwicklung hinstrebt, beschleunigt herbeiführen (Rüstow 1932: 223). Die neoliberale Regierung des Staates zielt darauf ab, mit den Marktgesetzen und nicht gegen sie zu regieren, also die Aneignung von Mehrarbeit und die Realisierung des Mehrwerts unter gesicherten und langfristig berechenbaren Eigentumsverhältnissen zu ermöglichen. Der Staat, in diesem Punkt ist den neoliberalen Krisenanalysen zuzustimmen, ist insofern nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems (vgl. Beck/Wienert 2009). Wenn allerdings nahegelegt wird, dass die aktuelle Krise nicht das Ergebnis zu freier Märkte, sondern zu umfassender oder falscher Regulierung gewesen sei, werden die Verhältnisse verzerrt. Wird unterstellt, dass es *die* technisch richtige Regulierung von Märkte geben könnte, dann bleibt außer Betracht, dass es die sich aus den Privateigentumsverhältnissen ergebenden Konflikte zwischen den Kapitalfraktionen und sozialen Klassen sind, die staatliche Eingriffe immer wieder notwendig machen, auch wenn sie die Krise nicht lösen, sondern sie nur zeitlich, räumlich oder sozial verschieben und dabei zur Verschärfung der Krise beitragen oder gar neue Krisenelemente auslösen können.

Der Staat hat mit dem Markt regiert und mit seinem Krisenmanagement der Überakkumulationsdynamik zur Entstehung der Krise beigetragen. Der Finanzmarkt, die entsprechende dominante Kapitalfraktion und deren Interessen entstanden nicht als Ergebnis von zu viel Staat oder Deregulierung, sondern wurden durch eine Vielzahl von staatlichen Entscheidungen, Deregulierungen und Regulierungen gefördert (Panitch 2009). Dies folgte keinem Masterplan, verlief aber auch nicht völlig unbewusst hinter dem Rücken der Akteure. Vielmehr handelt es sich um eine Transformation von Kapitaleigentümern zu einer neuen Kapitalfraktion, die sich in diesem Prozess Strategien gab und Programme ausarbeitete. So ließ das Bundesfinanzministerium 2005 verlautbaren:

„Die Bundesregierung hat in den vergangenen Jahren wichtige Stufen erklommen auf dem Weg zu einem erfolgreichen Finanzplatz Deutschland in Europa und der Welt. Entschlossene Reformen und Veränderungen waren notwendig – für die Finanzwirtschaft und für die Bürgerinnen und Bürger. Die gewaltigen Potenziale des deutschen Finanzmarktes müssen als Motor für Wachstum und Beschäftigung der Volkswirtschaft vollständig ausgeschöpft werden. Die Kreditwirtschaft ist einer der bedeutendsten Bereiche der deutschen Volkswirtschaft.“

Diese Äußerung steht in einem relativ weit fortgeschrittenen Stadium der Veränderung der kapitalistischen Verhältnisse in Deutschland. Die Umgestaltung

der rechtlichen Rahmenbedingungen zog sich über mehrere Jahrzehnte hin und wurde von allen Regierungskoalitionen vorangetrieben:

1981: Beseitigung der Kapitalverkehrskontrollen.

1989: Börsengesetznovelle, die die Spekulation mit Wertpapieren und Edelmetallen erleichtert und Terminhandel ermöglicht.

1990: Abschaffung der Börsenumsatzsteuer.

1994: Umwandlungsgesetz, das Übertragungen von Schulden auf ein übernommenes Unternehmen erlaubt.

1990 bis 1998: Zulassung von reinen Geldmarktfonds, Erlaubnis für Investmentgesellschaften, mit Termingeschäften spekulieren zu dürfen.

2000: Senkung der Unternehmenssteuer.

2001: mit der sog. Riester-Rente wird die kapitalgedeckte Altersvorsorge eingeführt, die zur weiteren Aufblähung des Finanzmarktes beiträgt.

2002: das vierte Finanzmarktförderungsgesetz befreit Veräußerungsgewinne von Steuern, lockert die Anlagebeschränkungen für Fonds und erlaubt den Handel von Derivaten auch im Immobiliengeschäft.

2003: die Bundesregierung stellt mit dem Gesetz zur Förderung von Kleinunternehmern und zur Unternehmensfinanzierung Zweckgesellschaften der Banken von der Gewerbesteuer frei und fördert damit die Verbriefung von Krediten zu Wertpapieren durch steuerliche Vergünstigungen. Unterstützung der True-Sales-Initiative der Banken durch die Bundesregierung, die die Verbriefung von Krediten, die Zusammenfassung in Portfolios und die Aufteilung in Tranchen ermöglichen soll.

2003: das Kleinunternehmerförderungsgesetz erlaubt die steuerliche Besserstellung von forderungsbesicherten Wertpapieren (Asset Backed Securities, ABS).

2004: das Investmentmodernisierungsgesetz regelt die Zulassung von Hedge-Fonds; Private-Equity-Fonds kommen in den Genuss von Steuervorteilen.

2007: Real-Estate-Investment Trusts (REITs) werden gesetzlich zugelassen, damit verbunden sind steuerliche Begünstigungen, Steuererleichterungen für Immobilienverkäufe an REIT-Aktiengesellschaften und Sale-lease-back-Verträge, die ebenfalls steuerlich begünstigt sind.

2007: Wagniskapitalbeteiligungsgesetz zur Förderung von Private-Equity-Fonds.

2008: Gesetz zur Modernisierung der Rahmenbedingungen für Kapitalbeteiligungen, das Finanzinvestoren weitere steuerliche Vorteile einräumt.

In der Krise reagierte auch die Bundesregierung mit zahlreichen, oben schon angesprochenen Maßnahmen. Auch in diesem Fall kann von einer Art Finanzstaatsstreich oder – wie manche sagen: „Finanzmarktermächtigungsgesetz“ – gesprochen werden, denn nicht nur wurden die Gesetze und Maßnahmen ohne größere öffentliche Diskussion beschlossen, sie werden unter Ausschluss der Öffentlichkeit umgesetzt und dienen vor allem der Finanzmarktindustrie. Ihr ist es gelungen, als „systemrelevant“, also als eine für das Gemeinwohl unerlässliche Einrichtung zu gelten. Es handelte sich offensichtlich um ein Notstandsregime: „Im Notstand erweist sich die Handlungsfähigkeit des modernen Staates. Er wird vor eine Aufgabe gestellt, die wir im Normalfall nicht von ihm erwarten: Der Staat als Versicherung für jene Risiken, gegen die kein Kollektiv, kein Einzerner, sich versichern kann.“ (Süddeutsche Zeitung, 26.10.2009) Im Ernstfall erscheint den Liberalen die Aussetzung der Demokratie als akzeptabel.

Das Finanzmarktstabilisierungsgesetz wurde am 17. Oktober 2008 von Bundestag und Bundesrat verabschiedet, am 20. Oktober wurde es mit der Unterschrift des Bundespräsidenten rechtskräftig. Alles fand in großer Eile innerhalb von fünf Tagen statt. Mit diesem Gesetz wurde der *Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung* (SoFFin) in der Verwaltung der Finanzmarktstabilisierungsanstalt eingerichtet. Dieser Anstalt, die bei der Bundesbank angesiedelt ist, steht ein Leitungsausschuss vor. Sie wird vom Bundesministerium der Finanzen (BMF) beaufsichtigt, das politisch die Entscheidungen der Anstalt verantwortet und die Mitglieder des Leitungsausschusses ernennt. Die drei Mitglieder des Leitungsausschusses werden vom BMF im Benehmen mit der Bundesbank ernannt. Der Leitungsausschuss verwaltet den SoFFin und schlägt einem Lenkungsausschuss Entscheidungen vor. Der Lenkungsausschuss ist das eigentliche Gremium, das über die Vergabe der insgesamt 500 Mrd. Euro entscheidet, mit denen der Fonds ausgestattet ist. Er besteht aus je einem Vertreter des Bundeskanzleramts, des BMF, des Bundesministeriums der Justiz und des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie sowie einem Vertreter der Länder. Als Kontrollgremium wirkt das Gremium zum Finanzmarktstabilisierungsfonds, das aus neun Mitgliedern des Haushaltsausschusses besteht.

Der Fonds hat bis Ende 2009 mehrere Aufgaben wahrzunehmen: er soll Liquiditätsengpässe auf dem Interbankenmarkt mittels staatlicher Garantien vermeiden helfen, er kann sich an Finanzunternehmen beteiligen und diese rekapitalisieren, und er kann toxische Papiere übernehmen und gegen sichere Schuldentitel austauschen, so dass diese den Banken dann als Sicherheiten dienen. Für diese Maßnahmen verfügt der Fonds über ein Volumen von insgesamt 500 Mrd. Euro, die durch Kreditaufnahme des Bundes aufgebracht werden müssten - wodurch in der Folge die Nettokreditaufnahme des Bundes erheblich steigen und seine Spielräume verringert würden.

Außerdem wurde der *Wirtschaftsfonds Deutschland* eingerichtet, er umfasst 115 Mrd. Euro: 100 Mrd. für Unternehmen mit einem Jahresumsatz von mehr als 500 Mio. Euro und ein Sonderprogramm mit weiteren 15 Mrd. für den Mittelstand. Der Fonds ermöglicht der staatlichen Kreditanstalt für Wiederaufbau, bis Ende 2010 Kredite im Umfang von 25 Mrd. Euro und Bürgschaften im Umfang von 75 Mrd. Euro an notleidende Unternehmen zu vergeben. Anträge können Unternehmen einreichen, die aufgrund der Krise mit finanziellen Problemen konfrontiert und in besonderer Weise volkswirtschaftlich förderungswürdig, grundsätzlich gesund und zukunftsfähig sind. Die maximale Kreditsumme beträgt im Regelfall 300 Mio. Euro. Die Finanzierung darf nur vorübergehend sein und nicht zu dauerhaften, gravierenden Wettbewerbsverzerrungen führen.

Kleinere Kredite werden nach einer Vorprüfung - durch die Wirtschaftsprüfungsfirma PriceWaterhouseCoopers und andere Firmen, die gleichzeitig auch Unternehmen beraten - von der KfW bewilligt, Kredite von grundsätzlicher

Bedeutung und Kredite über 150 Mio. Euro werden von einem Lenkungsausschuss entschieden. Dieser arbeitet unter der Federführung des Bundesministeriums für Wirtschaft (BMWi). Einige Mitglieder dieses Gremiums sitzen auch im Lenkungsausschuss des SoFFin. In den Medien wird von ungeheurer Machtfülle und Nebenregierung gesprochen. Zu Recht, denn die Entscheidungen dieses Gremiums unterliegen keiner direkten parlamentarischen Kontrolle, sondern entscheiden nur in Absprache mit den Fachministern. Der Lenkungsausschuss des Wirtschaftsfonds wird unterstützt vom Lenkungsrat Unternehmensfinanzierung, der aus acht Personen aus Wirtschaft und Politik besteht. Es gehören dazu Michael Rogoski, Hubertus Erlen, Jürgen Heraeus, Nikolaus Knauf, Alfred Tacke, Walter Hirche, Hubertus Schmoltdt und Martin Hellwig. Gegen die Einrichtung dieses Rats hat es Vorbehalte gegeben. Wirtschaftspolitisch wurde argumentiert, dass die Zusammensetzung des Lenkungsrats unausgewogen sei, die Bandbreite der Positionen auf die Interessen der Großunternehmen begrenzt bleibe und insofern zu Wettbewerbsverzerrungen führe, die große Unternehmen begünstige, kleine, innovative, weltmarktfähige Unternehmen benachteilige und damit den reinigenden Strukturwandel behindere.

Auch demokratiepolitische Kritik gab es. Der Haushaltsausschuss des Bundestags sprach sich gegen die Einrichtung des Lenkungsrats aus, da dieser gegenüber dem Parlament nicht rechenschaftspflichtig ist. Doch setzte sich der Bundeswirtschaftsminister über dieses Votum hinweg und verlagerte die Politik auf ein öffentlich nicht kontrolliertes Krisenmanagement. Die Tendenz zur Privatisierung der Politik werde auf diese Weise fortgeschrieben.⁴ Die Regierung schiebe einen Teil der Verantwortung auf Dritte ab, die nichts und niemandem Rechenschaft schuldig seien (Hulverscheidt 2009). Es sind aber weder Private noch Dritte. Entscheidend ist, dass die Logik des Ernstfalls bis in die Mechanismen zur Bewältigung der Krise bestimmend bleibt: der Staat stützt sich auf die Macht der ihn tragenden Kräfte und überträgt relevante Entscheidungen informellen Kreisläufen zwischen Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft.

Um mögliche Nachfrageausfälle in der Krise auszugleichen, hat die Bundesregierung bislang zwei Konjunkturpakete aufgelegt, ein weiteres ist in Vorbereitung. Das Konjunkturpaket I wurde am 5. November 2008 von der Bundesregierung beschlossen. Es zielt im Umfang von 50 Mrd. Euro für 2009 und 2010 auf die Förderung von Investitionen und Aufträgen von Unternehmen, privaten Haushalten und Kommunen. Maßnahmen sind die energetische Gebäudesanierung, die Verlängerung der Bezugsdauer von Kurzarbeitergeld, die

4 <http://www.lobbycontrol.de/blog/index.php/2009/03/lenkungsrat-mit-wirtschaftskopfen-statt-demokratischer-kontrolle>; Das 100-Milliarden-Risiko, in: [manager-magazin.de](http://www.manager-magazin.de), <http://www.manager-magazin.de/unternehmen/artikel/0,2828,61133,00.html>.

Beschleunigung von Verkehrsbaumaßnahmen oder steuerliche Maßnahmen zur Unterstützung des Handwerks. Am 14. Januar wurde ein zweites Konjunkturpaket, der sog. Pakt für Beschäftigung und Stabilität, mit weiteren 50 Mrd. Euro aufgelegt. Dazu zählen die „Abwrackprämie“ mit einem Volumen von insgesamt fünf Mrd. Euro, die erfolgreich die Nachfrage nach neuen Automobilen anregen, der Automobilindustrie über die Krise hinweghelfen und die Beschäftigung sichern konnte – ohne an die Verpflichtung zu innovativen Produkten zu binden –, die Senkung der Einkommenssteuer und der Beitragssätze zur gesetzlichen Krankenkasse, die Förderung von Qualifizierung von Beschäftigten, die Schuldenbremse, die eine nachhaltige Finanzpolitik sicher stellen soll.

Die staatlichen Maßnahmen und Regelungen in der Krise liegen auf der Linie, die von der Politik der vergangenen Jahre, wenn nicht Jahrzehnte verfolgt wurde. In der Krise wurde an den Eigentumsverhältnissen und den damit verbundenen Interessen, die sich in diesem Zeitraum herausgebildet haben, nicht gerührt. Im Gegenteil scheint es eher darum zu gehen, die angeeigneten Eigentumstitel vor destruktiven Dynamiken zu schützen, die sich aus den Mechanismen ihrer Aneignung ergeben, und einen relativen Ausgleich mit den Interessen eines Teils der Unternehmen der Realökonomie zu finden. Aus der Krise gehen die Unternehmen der Finanzmarktindustrie nicht geschwächt, sondern gestärkt hervor. Keines derjenigen Instrumente, die zuvor zur Bewältigung der Überakkumulationskrise eingeführt wurden, indem sie eine ausge dehntere Kapitalakkumulation über die Finanzmärkte ermöglichen sollten, ist zurückgenommen worden. Eine relevante Vernichtung der erworbenen Eigentumstitel dieser neuen Kapitalfraktion hat nicht stattgefunden. Im Gegenteil profitiert die neue Kapitalfraktion, die ihre Grundlage in der Finanzmarktindustrie hat, sogar noch von den staatlichen Maßnahmen. Sie wurde von keiner nennenswerten Kraft angegriffen vielmehr wurden ihre Interessen mit denen der Allgemeinheit gleichgesetzt. Damit aber wurden nicht mehr nur einzelne öffentliche Güter, sondern der Staatshaushalt insgesamt ihrer Verfügungsmacht unterworfen. Der „Ernstfall“ hat dies ermöglicht und demokratische Institutionen und Verfahren weiter geschwächt. Dies spricht für eine mächtige Kontinuität der neoliberalen Politik, die lediglich dort versuchen wird, Grenzen zu setzen, wo ein zu risikoreiches Verhalten, die die Gewinne der Finanzmarktindustrie insgesamt gefährden kann. Die Macht der Finanzmarktindustrie wurde keineswegs gebrochen. Auch die Gefahr einer noch gefährlicheren Krise – die sich mit weiteren Krisen verknüpft und verschärft – besteht weiterhin (vgl. Institut für Gesellschaftsanalyse 2009). Dies weist darauf hin, dass die ergriffenen staatlichen Maßnahmen keineswegs einen ersten Schritt zu mehr demokratischer Einflussnahme auf die Wirtschaft darstellen. Eher dürften diese Maßnahmen dazu beitragen, die Dynamik der „Postdemokratie“ zu forcieren.

Literatur

- Aglietta, Michel (2000): *Ein neues Akkumulationsregime. Die Regulationstheorie auf dem Prüfstand*, Hamburg.
- Altwater, Elmar (2009): Die Finanzkrise ist eine Systemkrise des Kapitalismus, in: *Leviathan*, Jg. 37, H. 2.
- Beck, Hanno; Wienert, Helmut (2009): Anatomie der Weltwirtschaftskrise: Ursachen und Schuldige, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 20/2009, 11.5.2009.
- Brand, Ulrich (2009): Staatseuphorie ohne Strategie. Zur Lage der Linken im Postneoliberalismus, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, H. 4.
- Candeias, Mario (2009a): »This party is so over ...« – Krise, neuer Staatsinterventionismus und grüner New Deal, in: Mario Candeias, Rainer Rilling (Hrsg.): *Krise. Neues vom Finanzkapitalismus und seinem Staat*, Berlin.
- (2009b): Die letzte Konjunktur: Organische Krise und „postneoliberale“ Tendenzen, in: *Berliner Debatte Initial*, 20. Jg., H. 2.
- Evans, Trevor (2008): Die gegenwärtige Finanzkrise und die Grenzen der US-amerikanischen Geldpolitik, in: *PROKLA* 153, Dezember 2008.
- Harvey, David (2009a): Der Finanzstaatsstreich: Ihre Krise, unsere Haftung, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, H. 7.
- (2009b): Was tun? Und wer zum Teufel tut es? in: *Luxemburg*, H. 1.
- Hayek, Friedrich A. von (1960): Wirtschaftspolitik im Rechtsstaat, in: *Grundtexte zur Sozialen Marktwirtschaft*, herausgegeben von Wolfgang Stützel u.a., Stuttgart – New York 1981.
- Hirsch, Joachim (2008): Weltwirtschaftskrise 2.0 oder der Zusammenbruch des neoliberalen Finanzkapitalismus, www.links-netz.de.
- Claus Hulverscheidt (2009): Ein Fall für Volksvertreter. Über Rettungspakete sollten Politiker entscheiden, nicht ein Rat der Weisen, in: *Süddeutsche Zeitung*, 5.3.2009.
- Institut für Gesellschaftsanalyse (2009): Die Krise des Finanzmarkt-Kapitalismus – Herausforderung für die Linke, *kontrovers* 01/2009, Berlin.
- Marcuse, Peter (2008): Ein anderer Blick auf die Subprime Krise, in: *PROKLA* 153, Dezember 2008.
- Panitch, Leo; Konings, Martijn; Gindin, Sam; Aquanno, Scott (2009): The Political Economy of the Subprime Crisis, in: Leo Panitch; Martijn Konings (eds.): *American Empire and the Political Economy of Global Finance*. 2nd edition, New York.
- Poulantzas, Nicos (1975): *Klassen im Kapitalismus – heute*, Berlin.
- Rüstow, Alexander (1981): Liberale Interventionen, in: *Grundtexte zur Sozialen Marktwirtschaft*, herausgegeben von Wolfgang Stützel u.a., Stuttgart – New York 1981.
- Tichy, Roland (2009): Anmerkungen zur Zukunft des Kapitalismus, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 20/2009, 11.5.2009.
- Windolf, Paul (2008): Eigentümer ohne Risiko. Die Dienstklasse des Finanzmarkt-Kapitalismus, in: *Zeitschrift für Soziologie*, Jg. 37, H. 6, Dezember 2008.
- Zeise, Lucas (2008): *Ende der Party. Die Explosion im Finanzsektor und die Krise der Weltwirtschaft*, Köln.